



Hans-Georg Maassen vor dem Gebäude der Bundespresskonferenz anlässlich der Präsentation des Verfassungsschutzberichts am 24. Juli 2018 in Berlin

Zum zweiten Jahrestag seiner Entlassung als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz stellte sich der Jurist HANS-GEORG MAASSEN, Mitglied der konservativen Werteunion in der CDU, den Fragen von ANDREAS LOMBARD und INGO LANGNER

HEIMKEHR NACH ITHAKA?

INTERVIEW MIT HANS-GEORG MAASSEN

Herr Dr. Maassen, Sie waren ab 2012 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, bis Sie 2018 in den einseitigen Ruhestand versetzt wurden. Ursache dafür war Ihre Stellungnahme zu den angeblichen Hetzjagden auf Ausländer in Chemnitz, die es Ihrer nachrichtendienstlichen Kenntnis nach nicht gegeben hat. Die Bundeskanzlerin sah das anders. Warum hat sie nicht Sie als Chef des Inlandsgeheimdienstes gefragt, was wirklich in Chemnitz los war?

Die Bundesregierung hat eine ganze Reihe von Quellen, aus denen sie ihre Informationen schöpft, und sie hat sich natürlich auch auf andere Quellen verlassen, als sie sich zum Thema Chemnitz geäußert hat.

Welche Quellen waren das? Die Tagesschau?

Ich weiß es nicht. Ich nehme nur zur Kenntnis, daß die Tages-

schau über das Antifa-Video berichtete, auf das die Bundeskanzlerin sich bezogen hat. Es gab im März 2019 dazu auch eine Große Anfrage im Bundestag, die dahingehend beantwortet wurde, daß sich die Bundesregierung letztlich nur auf öffentlich zugängliche Medienberichte gestützt habe.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage der Sicherheitsdienste angesichts steigender Anforderungen? Der islamistische Terrorismus schießt wieder auf der Tagesordnung. Sind die Dienste leistungsfähig? Sind sie in ausreichendem Maße politisch unabhängig?

Die Sicherheitslage ist in nahezu allen Bereichen nach wie vor angespannt, auch bei der Polizei. Die Sicherheitsbehörden stehen vor großen Herausforderungen. Hinzu kommt die Spaltung der Gesellschaft sowie die Radikalisierung von Gesellschaftsschichten, wie man das in Teilen auch auf der Straße wahr-

nimmt. Immerhin wurden die Sicherheitsbehörden nach meiner Einschätzung im Laufe der letzten Jahre immer besser ausgestattet. Ein Problem ist allerdings, daß der Gesetzgeber eher Stellen und Haushaltsmittel denn Befugnisse zur Verfügung stellt. Das Gegenüber von Polizei und Nachrichtendiensten arbeitet mit modernen Techniken, zum Beispiel kommuniziert es verschlüsselt über WhatsApp oder andere Dienste. Wer nutzt noch das alte Festnetztelefon oder das Mobilfunknetz, wenn man sicher telefonieren will? Hier brauchen die Sicherheitsbehörden vom Gesetzgeber die Möglichkeit zur Aufklärung, wenn sie nicht völlig taub werden sollen.

Ein großes Problem für die Sicherheitsbehörden besteht aber auch darin, daß Teile des linken politisch-medialen Bereichs versuchen, die Sicherheitsbehörden zu diskreditieren, indem sie ihnen mit geradezu maßgeschneiderten Kampagnen andichten, sie hätten ein Rassismusproblem oder ein Problem mit Rechts-

extremismus. Das ist aus meiner Sicht eine durchschaubare Taktik der Linken und Linksextremen in Deutschland – leider.

Was verspricht man sich davon?

Es ist ein altes Ziel der Linksextremisten, vor allem der Kommunisten, unsere freiheitliche Demokratie, die sie als einen »Schweinestaat« verunglimpfen, dadurch zusammenstürzen zu lassen, daß man die bürgerlichen Institutionen zerstört. Dafür ist es wichtig, daß die Sicherheitsbehörden in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt werden. Sie zu diffamieren, zu diskreditieren und zu delegitimieren – das war und ist eine klassische Taktik der Linksextremisten gegen diesen Staat. Die Bürger und Politiker sollen kein Vertrauen mehr in die Behörden haben, und die Beamten und Soldaten sollen demotiviert werden, bis sie frustriert sind. Darum geht es auch, wenn von politisch-medialer Seite gegen Polizei und Bundeswehr zu Felde gezogen wird.

Wie beurteilen Sie insgesamt den Zustand unserer Verfassungsgänge seit November 2018, seitdem Sie die Dinge aus einer gewissen Distanz beobachten?

Die Behörden in Bund und Ländern verfügen über gut ausgebildetes und im wesentlichen auch ausreichendes Personal. Auch die Erfolgsbilanz ist in allen Behörden mehr oder weniger in Ordnung. Was mir Sorge macht, ist die wirkliche Lage, die Verfassungsrealität. Wir haben in Deutschland eine Reihe von Problemen, die nicht mehr

offen angesprochen werden, angefangen mit der Migrationssituation, wo zuviel schönere wird und wo viele Behörden mitziehen, weil sie gezwungen sind, Loyalität zu zeigen. Ich hätte mir manches Mal gewünscht, daß man das Offensichtliche auch aussprechen würde, nämlich, daß manches eben nicht zu schaffen ist. Die Integration von Millionen Menschen, die zu uns kommen, halte ich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen für nicht machbar. Sie ist nicht unmöglich, aber nur unter anderen Bedingungen.

Ich sehe auch das große Problem der Mainstreammedien, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der keinen Meinungs- und Pluralismus mehr abbildet, wie es nach dem Rundfunkstaatsvertrag vorgesehen ist, sondern, das Wort »Mainstream« sagt es schon, immer kanalförmiger, immer einseitiger wird, was ich auch darauf zurückführe, daß Teile der Medien von Linken und Linksradiakalen rechtlich unterwandert wurden. Laut Umfragen bezeichnen sich weit über 70 Prozent der befragten Journalisten als »links« oder »grün«, und manche Redakteure der ARD stehen der Antifa nahe, einer linksextremistischen, verbotswürdigen Organisation. Nach einer aktuellen Veröffentlichung erklärten 92 Prozent der Volontäre der ARD, daß sie die Grünen, die SED-Nachfolgepartei oder die SPD wählen würden. Diese Leute sind sicherlich nicht von liberalen Personalreferenten eingestellt worden.

Wenn 92 Prozent dieser Jungjournalisten von sich selber sagen, daß sie links oder linksradikal sind, kann man erwarten, daß auch 92 Prozent der ARD-Berichterstattung deren Weltanschauung wiedergeben.

Meinungspluralismus in den öffentlich-rechtlichen Medien und die Folgen der Migrationspolitik gehören zu den Problemen, die angesprochen werden müssen, um sie zu lösen.

Sie haben einmal mit Blick auf unsere Verfassungsorgane von »multiplem Organversagen« gesprochen. Uns fallen dazu folgende Beispiele ein: die Intervention gegen die ordnungsgemäße

Wahl des Thüringischen Ministerpräsidenten Kemmerich von einer staatlichen Ebene aus, die dafür gar nicht autorisiert ist; in Sachen Corona die Runde aus Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten der Länder, die verfassungsrechtlich gar nicht vorgesehen ist; und, ganz aktuell, die Frage, ob es nötig ist, eine ganze Reihe von Grundrechten wie die Bewegungs-, Versammlungs- und Berufsfreiheit außer Kraft zu setzen. Was geht da vor?

Ich glaube, es geht um eine Entwicklung der letzten vierzig Jahre, jedenfalls begann sie schon vor der Wiedervereinigung, daß die staatlichen Institutionen, Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen immer konformer und immer linker wurden. Wir haben zahlreiche Verfassungsorgane und Behörden in Deutschland, damit es keine Machtansammlung in einer Hand gibt und damit Fehlverhalten oder Fehlentscheidungen überwacht und korrigiert werden können. Wir haben Legislative, Exekutive, Judikative, wir haben den Bundespräsidenten, wir haben die Länder mit sechzehn Ministerpräsidenten, sechzehn Innenministern, sechzehn Finanzministern und Landtagen, wir haben parlamentarische Überwachungs- und Kontrollgremien, Ausschüsse, Untersuchungsausschüsse, wir haben zuletzt auch noch die sogenannte vierte Gewalt, die Medien, und da insonderheit den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zugleich haben wir grundlegende, die Nation bewegende Probleme wie die Migrationssituation seit 2015/16, wie die Euro-Rettung und die Stabilität des Euro sowie den Kampf gegen das Coronavirus, aber zu allem gibt es nur Mainstreampolitik. Mir fehlt die politische Auseinandersetzung. Statt dessen gibt es ein Höchstmaß an Konformität und Konsenssuche. Und zwar nicht nur mit Blick auf die Bundesregierung und den Bundestag, sondern organübergreifend bis hin zu den Medien, vor allem den öffentlich-rechtlichen, die ihrem Auftrag, die Politik zu kontrollieren und kritisch zu begleiten, nicht nachkommen und sich eher als Politikversteher, als Kommunikatoren gegenüber der Bevölkerung und als Kritiker der Kritiker ansehn. Das ist aber nicht Aufgabe der Medien. Vor allem ist es nicht Aufgabe der Medien, die Kritiker der aktuellen Politik zu bekämpfen. Wenn sich niemand mehr als Kritiker der Regierungspolitik versteht, sondern nur noch als Versteher und Unterstützer, dann haben wir das Problem, daß keiner es merkt und keiner etwas dagegen tut, wenn unser Land aus dem Ruder läuft.

Bei den Treffen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin fragen wir uns, warum die ins Bundeskanzleramt gegangen sind, statt sich im Bundestag zu treffen. Dann hätte Frau Merkel dort vorfahren müssen und es hätte in der



Magazin Time vom 2. November 2020 in Kooperation mit dem »World Economic Forum«



Homers Odyssee: Penelope wird von den Freiern beim Aufbrechen des Leichenhubs für ihren Schwiegervater Laertes überrascht und muß sich jetzt eine neue Hinhaltetaktik überlegen; Darstellung nach John Flaxman (1755–1826)

Öffentlichkeit ein ganz anderes Bild gegeben. Warum lassen die Ministerpräsidenten das mit sich machen?

Das müßten Sie sie selbst fragen. Ich kann mir das nur so erklären, daß die Bundeskanzlerin eine derartig herausragende Reputation hat, daß man es für unangemessen hält, sie in den Bundesrat einzuladen, und stattdessen lieber ins Kanzleramt geht. Vielleicht ist das ein Relikt aus der Tradition des deutschen Obrigkeitsstaates, daß man zum Hofe geht und nicht den Hof zu sich kommen läßt.

Sie sagen, der Niedergang sei eine Entwicklung der letzten vierzig Jahre. Wann wurde ihr Urvertrauen in dieses politische System erschüttert?

Ein Ereignis war die Demonstration gegen den Nato-Doppelbeschuß 1981 auf der Bonner Hofgartenwiese, wo ich den Eindruck hatte, daß sich Menschen unglaublich schnell manipulieren, emotionalisieren und radikalisieren lassen. Ich nahm wahr, daß es den Medien und auch der Politik, insbesondere der SPD, nicht mehr um Argumente und um die Frage ging, was ist gut und richtig für die Nation. Mir machte diese Emotionalisierung und dieser Irrationalismus angst, und ich hatte damals schon Sorge, daß das auf Dauer die Demokratie in Gefahr bringen

könnte. Mein Berufsleben begann 1991 im Bundesinnenministerium, wo ich meinen ersten Gesetzentwurf schrieb. Ich mußte damals erfahren, daß sich niemand im Parlament mit meinem Gesetzentwurf beschäftigte und mit Ausnahme des einen oder anderen Mitarbeiters eines Ministeriums keiner den Entwurf las. Der Gesetzentwurf lief einfach so durch und ihm wurde zugestimmt, ohne daß diejenigen, die ihm zustimmten, wußten, um was es geht. Es war kein besonders wichtiges Gesetz, aber mein Vertrauen in den Parlamentarismus hatte dabei Schaden genommen, und erst recht in den darauffolgenden Jahren, als ich hautnah am Politikbetrieb gearbeitet habe.

Politische Korrektheit gab es immer und überall in der Geschichte. Arnold Gehlen und Hermann Lübbe haben sie mit Blick auf die Bundesrepublik beschrieben. Gab es jemals eine Alternative zum politischen Moralismus? Anders gefragt: War der Verfassungspatriotismus des Jürgen Habermas eine?

Photo: Alamy/Stock Photo

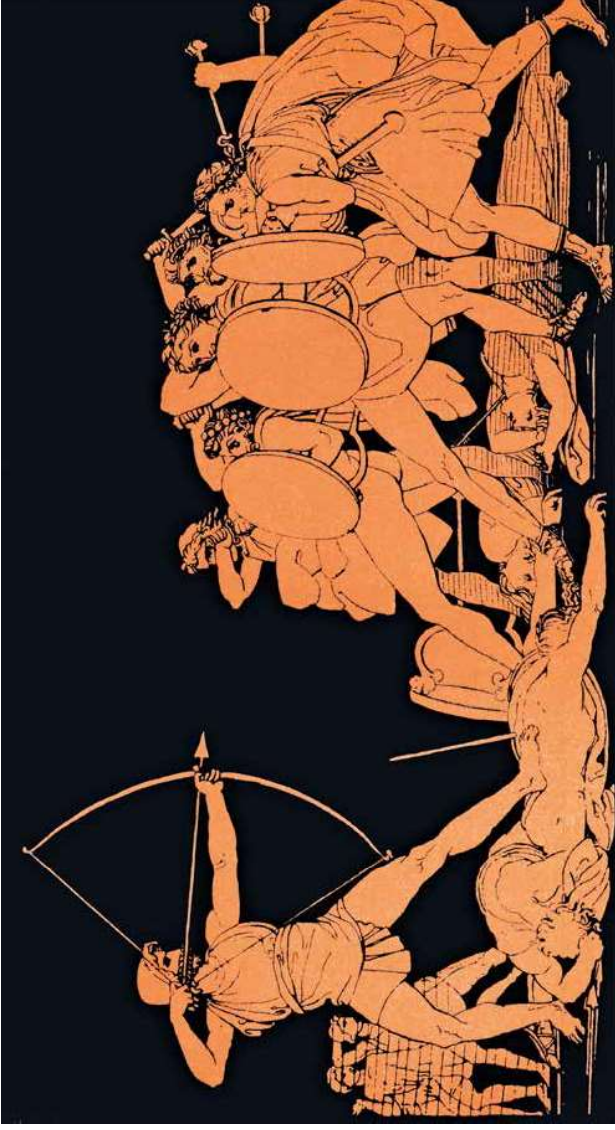
INTERVIEW

Nein, ich glaube, Habermas war hier – wie in vielem anderen – ein Tor. Vielleicht noch nicht einmal das, vielleicht war es nicht Dummheit, sondern ideologischer Vorsatz. Aus meiner Sicht war es grob falsch, die Bindekräfte aus einem abstrakten Gesetz wie der Verfassung herzuweisen. Bindekräfte müssen emotionaler Art sein. Das geht über die Nation, den Staat, die gemeinsame Generation und Sprache. Es ist nicht einfach, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen, und je heterogener die Bevölkerung ist, desto schwieriger wird es, wie wir an den Vereinigten Staaten sehen, die aus einem Meltung Pot eine Nation geformt haben. Zu glauben, daß wir die Bindekräfte der Familie, von Gemeinschaften oder Vereinen, von Patriotismus oder Nationalgefühl durch ein theoretisches Konstrukt wie den Verfassungspatriotismus ersetzen könnten, halte ich für abwegig. Etwas anderes ist es dagegen bei einer Ideologie, weil eine Ideologie über den Missionseifer Fanatismus erzeugt und Menschen verbindet. So auch beim Marxismus, was Habermas sicherlich auch aus eigener Anschauung bestätigt hätte.

Was Arnold Gehlen angeht, die Hypermoral und die Moralisierung, die Ideologisierung des Politischen: Das ist ein grundlegendes Problem in Europa seit Jahrhunderten, Politik nicht mehr als die Kunst des Machbaren anzusehen, sondern als die Kunst, ideologische Projekte zu realisieren, auch dann, wenn sie in den Abgrund führen. Das haben die internationalen Sozialisten vorgemacht und die nationalen Sozialisten, und das machen uns rigorose Extremisten vor. Davon müssen wir uns lösen. Je länger ich die Entwicklung hier in Westeuropa beobachte, desto mehr mache ich mir Sorgen, daß die Bürger aus Angst vor einer »Klimahölle« oder einem Vrustod freiwillig auf ihre Rechte verzichten und zu Untertanen werden. Ich hoffe, daß sie begreifen, daß sie nicht nur Bevölkerung, schon gar nicht Untertanen, sondern Bürger sind, die sich

»Ich mache mir Sorgen, daß Bürger aus Angst zu Untertanen werden.«

sagen, wir sind die Arbeitgeber dieser Politiker, die sich sagen, das ist unser Land, das sind meine Rechte, das ist mein Leben, und ich lasse mir nicht von Politikern in mein Leben hineinregieren, ich hole mir diese Rechte zurück. Den Liberalismus halte ich für den einzigen Ausweg: Wir brauchen weniger Staat, weniger Politiker, vor allem weniger Macht der Parteien, weniger Steuern und weniger Eingriffe des Staates in das Privatleben der Menschen. Vieles muß wieder an den einzelnen und an die Gemeinden delegiert werden. Der Staat soll sich darauf beschränken, den Bürgern ein Maximum an Freiheit zu gewähren. Und das bedeutet: keine Überwachung, es sei denn, die Überwachung dient ihrerseits der Gewährung von Freiheit. Der Staat soll sich aus dem Leben der Menschen weitestgehend zurückziehen, statt mit immer neuen Wohlleben und Transferleistungen ganze Bevölkerungsgruppen von sich abhängig zu machen, die selbständig leben könnten. Damit müssen wir aufhören.



Homers Odyssee: Der nach jahrelanger Irrfahrt heimgekehrte und togegglaube Odysseus tötet die Freier seiner Ehefrau Penelope. Darstellung nach John Flaxman

Einer Umfrage zufolge, ob man Freiheit oder Sicherheit vorziehe, waren 2017 noch 53 Prozent der Deutschen für mehr Sicherheit, jetzt sind es 79 Prozent. Liegt das nur am Coronavirus oder gibt es dafür auch andere Gründe?

Ich glaube, das liegt an den Medien. Sie geben den Leuten nicht das Gefühl von Freiheit, sondern von Angst. Mir bereitet es Sorgen, wie bestimmte Themen besetzt werden. Ob das die »Klimahölle« ist, wegen der wir dieses oder jenes tun oder nicht tun sollen. Oder die »Coronahölle« – das ist Angstmache, und das ist partiell unverantwortlich. Verantwortlich wäre es, auch wenn das zugegebenermaßen nicht immer leicht ist, in aller Differenziertheit die Lage darzustellen. Das aber auf einer breiten Grundlages von wissenschaftlichen Argumenten nicht nur unter Berufung auf die Herren Wieler und Drostens. Die meisten Bürger in Deutschland verstehen, daß eine Virusepidemie nicht in wenigen Sätzen erklärt werden kann und die Sache etwas komplexer ist. Dann gibt es aber schon einmal weniger Angst, und wenn es weniger Angst gibt, bedeutet das auch weniger Rufe nach dem Staat. Daß das Sicherheitsbedürfnis stark angestiegen zu sein scheint, liegt aus meiner Sicht also daran, daß Ängste geweckt werden, die in diesem Ausmaß nicht begründet sind.

Sie haben in Ihrer Erörterung Rede am 6. September 2020 sehr eindrucksvoll beschrieben, wie in der Wendezeit 1989/90 die Bürgerrechtsbewegung von Staatssicherheit und KGB

mit dem Ziel der Steuerung und Zersetzung infiltriert wurde. Zugespitzt gefragt: Wieviel Stasi und KGB steckt heute in der Berliner Republik?

Sie stellen Fragen, die man so einfach nicht beantworten kann. Geheimdienste operieren nun einmal geheim. In der Spionageabwehr ist es oft unmöglich, hundertprozentig zu belegen, daß jemand ein ausländischer Agent ist. Es gibt nur wenige gerichtliche Verurteilungen, und das 201 enttarnte russische Agentenpaar Andreas und Heidrun Anschlag war eine eher seltene Ausnahme. In der Regel reichen Plausibilitäten aber auch aus. Wir sind hier nicht im Bereich der Strafverfolgung, sondern der Gefahrenabwehr. Und dafür reichen auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte aus. 1989/90 gab es mit Sicherheit noch sehr viele Stasi-Agenten, die nicht aufgedeckt worden sind, und noch sehr viele KGB-Agenten. Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR, schätzte die Zahl der KGB-Agenten in der DDR auf 50 000. Die Durchsetzung der DDR-Gesellschaft 1989 mit Mitarbeitern des MfS und des KGB war hoch, vor allem in Führungspositionen. Der KGB hatte ein großes Interesse daran, die DDR, die er seit dem Volksaufstand 1953 für instabil hielt, im Griff zu haben und ihre Institutionen nicht nur zu durchleuchten, um zu wissen, was dort passierte, sondern auch zu durchdringen, um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

Und in der Bundesrepublik?

Das ist ein Kapitel, das bislang wenig bearbeitet worden ist. Man hatte sich vorrangig mit dem MfS beschäftigt, wobei das MfS ein zwar wichtiger Gegenspieler der westlichen Dienste war, aber nicht der einzige, denn auch der KGB hat wie gesagt im Westen gearbeitet. Aus meiner Sicht sind zu wenige Personen aufgedeckt worden. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob die Rosenholz-Dateien das einzige und abschließende Verzeichnis waren. Wir haben nur die Unterlagen bekommen, die man uns zur Verfügung stellen wollte. Ich bin der Überzeugung, daß die Informationen und Daten, die wirklich wichtig waren, 1989 und danach in Moskau in Sicherheit gebracht wurden.

Wenn heute in den öffentlich-rechtlichen Medien über 70 Prozent Grüne oder Linke tätig sind, dann muß es auch Personalchefs gegeben haben, die die ausgesucht haben. Die Achtundsechziger mit ihrem Marsch durch die Institutionen müssen willkommen gewesen sein, sehr willkommen.

Ja, das ist nahelegend. Schon in den fünfziger Jahren waren die östlichen Nachrichtendienste klar darauf ausgerichtet, die Medien im Westen zu infiltrieren. Westliche Demokratien sind leicht zu manipulieren, indem man die öffentliche Meinung manipu-

Foto: Alamy/Stock Photo



Hans-Georg Maßen als
Präsident des Bundestags
für Verfassungsschutz am
12. April 2018 beim Besuch des
Gemeinsamen Terrorismus-
abwärtzentrums auf dem Ge-
bäude des Bundeskriminalamts

INTERVIEW

Wem Politiker nicht mehr Anwälte des Volkes sind, wenn dienen sie dann?

Politiker sind qua Amt oder Mandat in erster Linie Sachwalter öffentlicher Interessen und nicht ihrer eigenen. In Deutschland leben aber inzwischen viele Politiker von ihrem Amt oder Mandat und sind damit in erster Linie Sachwalter ihrer eigenen Interessen. Das ist ein grundlegendes Problem.

Wie beurteilen Sie die einschneidenden Maßnahmen gegen das Coronavirus? Erleben wir eigentlich eine gesundheitliche oder eine politische Krise? Was erwartet uns in den kommenden Monaten?

Wenn die Coronapandemie nur eine gesundheitliche Krise wäre, hätte man spätestens im April oder Mai dieses Jahres eine Kommission einrichten können, um die Bundesregierung zu beraten. Gefährdet ist ja bei einer derartigen Bedrohung nicht nur unsere Gesundheit, sondern die ganze Gesellschaft einschließlich der Volkswirtschaft. In eine solche Kommission gehören nicht nur ein Virologe und der Leiter des Robert Koch Instituts, sondern beispielsweise auch Lungenfachärzte, Internisten, Finanzwissenschaftler, Volkswirtschaftler und Unternehmer. So hätte man zu Entscheidungen kommen können, die am Ende verhältnismäßig sind. »Verhältnismäßig« bedeutet erforderlich, geeignet und angemessen, das heißt in einem angemessenen Verhältnis zu den möglichen Folgewirkungen stehend. Wenn ich sehe, daß Politiker in Ministerpräsidentenkonferenzen entscheiden, ob sie jetzt einen Lockdown machen oder nicht, ob Restaurants öffnen dürfen oder nicht, dann fehlt mir hier als Jurist die nötige Verhältnismäßigkeitsprüfung, mir fehlt hier überhaupt jegliche Prüfung. Deshalb handelt es sich nicht nur um eine gesundheitliche, sondern um eine politische Krise.

Und zu Ihrer Frage nach meiner Prognose: Ich bin der Meinung, daß man die Viruserkrankung nicht auf die leichte Schulter nehmen darf, vor allem nicht, wenn man den Risikogruppen angehört. Allerdings sehe ich derzeit nicht die große gesundheitliche Gefahr für uns. Ich orientiere mich aber auch nicht an den Infektionszahlen, sondern an den Todeszahlen und den Zahlen zu den schweren Krankheitsverläufen. Das sind für mich die

einzig maßgebenden Zahlen. Man infiziert sich mit sehr vielen und erkrankt an sehr wenig. Das Entscheidende sind also die Erkrankungen und die Todeszahlen. Ich kann nicht erkennen, daß sich diese Zahlen in den nächsten Monaten exorbitant verändern, aber ich bin natürlich auch kein Experte. Was die politische und die wirtschaftliche Situation angeht: Ich habe den Eindruck, wenn man den Lockdown fortsetzt, werden das viele Unternehmen nicht überleben. Manche werden in eine künstliche Abhängigkeit vom Staat gebracht, der dann plötzlich in Vorständen und Aufsichtsräten das Sagen hat, und das steht nicht mehr im Einklang mit den Prinzipien einer liberalen und sozialen Marktwirtschaft. Wir werden am

»Ein britischer Freund sagte zu mir: »You are the pain in the ass.«

Arbeitsmarkt bekommen. Ein Kurzarbeitergeld, das mit Geld- und Schuldenaufnahme finanziert wird, kann auf Dauer nicht funktionieren. Kurzum, es wird ungemütlich werden, und das ahnt die Bevölkerung zumindest in Teilen. Viele spüren, daß das nicht mehr lange gehen kann. Dabei haben wir noch gar nicht über die psychischen und sozialen Folgen gesprochen – ob das nun verstörte Kinder sind oder Einschränkungen der schulischen und universitären Ausbildung. All das sind Gesichtspunkte, die man im Rahmen einer Gesamtbewertung hätte berücksichtigen müssen, bevor man die Maßnahmen verhängt.

Wie stellen Sie sich ihre Zukunft vor? Ganz direkt gefragt: Wollen Sie Bundeskanzler werden?

(Lacht) Nein, überhaupt nicht. Ich möchte, daß eine bessere, vernünftige Politik gemacht wird, daß ich mir keine Sorgen um die Zukunft Deutschlands machen muß. Am besten wäre es, die Politiker sorgen selber dafür. Wenn ich mich nicht politisch äußern muß, um so besser. Aber ich habe in den letzten zwei Jahren festgestellt, daß man sich zu Wort melden muß, weil es andere betrifft. Solange das so bleibt, muß ich das wohl machen. Ein britischer Freund sagte jüngst zu mir: »You are the pain in the ass.«

Herr Dr. Maßen, vielen Dank für dieses Gespräch.

Anzeige

Belloc's
berühmtestes
Werk



HILAIRE BELLOC DER WEG NACH ROM EINE PILGERREISE DURCH EUROPA

»Der Weg nach Rom« ist zu Recht berühmt – ein abenteuerliches, ungefüges, in seiner Verworfenheit dennoch geradliniges, eminent kluges und zu Herzen gehendes Buch. Es hat seinen Platz in der Weltliteratur gefunden und verdient weite Verbreitung, nicht nur unter Katholiken.«

Die Tagespost vom 26.11.2020

320 Seiten | Klappenbroschur | 16 Euro | ISBN 978-3-95621-149-2

www.renovamen-verlag.de/derwegnachrom



Ist der Zusammenhang mit der »Großen Transformation«, oder dem Great Reset, wie es im Englischen heißt, Aus sicht der Mainstreammedien enthält ihr Artikel Verschwörungstheorien. Was hat Sie zu einer derartigen Diagnose veranlaßt?

Als Jurist arbeite ich mit dem Begriff Verdacht: Anfangsverdacht, Tatverdacht und dringender Tatverdacht. Eine Verschwörungstheorie liegt nur vor, wenn es gar keine Anhaltspunkte gibt. Wenn es auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte gibt, muß man als Strafrichter genauer hinschauen, denn dann kann sich schnell ein Anfangsverdacht oder ein dringender Tatverdacht ergeben. Wenn ich nun sehe, daß der gesamte Westen in Unruhe ist, daß nahezu alle westlichen Staaten Probleme haben und daß in vielen Staaten die Medien das Establishment eher unterstützen, als es zu kritisieren, dann muß man aufgrund dieser Anhaltspunkte nach den Zusammenhängen fragen. Warum gibt es auf europäischer oder westlicher Seite einschließlich der USA eine derartige Entwicklung? Die Rechtsstaatlichkeit hat in vielen Fällen nicht mehr die Bedeutung, wie ich das als westdeutscher Jurist gelernt habe, nämlich daß der Politiker, der Staatsmann oder die Staatsfrau unter dem Gesetz steht, daß das Gesetz unbedingt zu respektieren ist, auch wenn das vielleicht auf europäischer Ebene nicht schön ist, auch wenn das vielleicht den eigenen Interessen zuwiderläuft, und daß der Politiker letztlich der Anwalt des Volkes ist. Das nehme ich derzeit so nicht mehr wahr. Die Spaltung der Gesellschaft führt auch in anderen westlichen Ländern zu einer Krise der Demokratie, und bislang wurde kein Mittel gefunden, diese Spaltung zu überwinden.

Sie haben jüngst zusammen mit Johannes Eisleben auf englisch einen bemerkenswerten Aufsatz mit dem Titel »The Rise and Fall of Postnationalism« veröffentlicht (siehe Seiten 30–33 in diesem Heft). Darin diagnostizieren Sie einen Niedergang rechtsstaatlich verfaßter Nationalstaaten und weisen auf die Gefahr hin, daß ein totalitäres, globalistisches System an ihre Stelle treten könnte. Offenkundig

liert. Insofern lag es nahe zu versuchen in die öffentlich-rechtlichen Medien oder generell in die Medien des Westens einzudringen. Konrad Adenauer hatte schon in den fünfziger Jahren den Eindruck, daß die ARD immer weiter nach links rutscht, und hat auch deswegen die Gründung des ZDF betrieben. Helmut Kohl hatte in den siebziger und achtziger Jahren gesehen, daß der gesamte öffentlich-rechtliche Rundfunk unausgewogen berichtete und links geworden war, und hat auch deswegen auf die privaten Medien, insbesondere auf die von Leo Kirch, gesetzt. Ich würde sagen, der erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen, insbesondere auf die von Leo Kirch, gesetzt. Ich würde sagen, der erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen fing mit der Gründung der Bundesrepublik an und nicht erst 1968. Aber 1968 bekam die Sache einen weiteren Schub. Jetzt gingen Linke bewußt in die Medien, auch getarnt, und waren bereit, Kreide zu fressen. Andererseits zogen sich auch viele Bürgerliche aus den Medien zurück. Es war ein bestimmtes Milieu, das die Linke stiegen auf und wuchsen nach. Bürgerliche blieben weg. So mußten dann auch bürgerliche Medien auf das Personal zurückgreifen, das die Journalistenschulen anboten, und das waren linke Journalisten. Wie gesagt, 92 Prozent der Nachwuchsjournalisten der ARD sehen sich als Sympathisanten der Grünen, der SED-Nachfolger und der SPD.

Foto: Inagfo/Jens Jocke